

Pressemitteilung: Europäische Unternehmen profitieren von tödlichem Handel mit Konfliktrohstoffen

London / Berlin, 24. September 2014:

Die Europäische Union verfehlt ihr Ziel, den tödlichen Handel mit Konfliktrohstoffen zu unterbinden, warnt eine europäische Koalition aus Menschenrechtsgruppen um Global Witness und Amnesty International einige Wochen bevor die neue Gesetzgebung zu Konfliktrohstoffen (Gold, Tantal, Wolfram und Zinn) im Europäischen Parlament diskutiert werden soll.

Eine neue Studie von Global Witness zeigt, dass Unternehmen Rohstoffe im Wert von vielen Milliarden Euro nach Europa bringen, ohne offenlegen zu müssen, ob diese Importe bewaffnete Gruppen oder gravierende Menschenrechtsverletzung finanzieren.

„Im Moment haben wir keine Möglichkeit zu erfahren, was Unternehmen tun, um diese Konfliktfinanzierung zu vermeiden“, sagt Michael Gibb von Global Witness. „Die EU hat angekündigt, dieses Problem entschlossen anzugehen. Doch der vorliegende Gesetzesentwurf beinhaltet lediglich, dass Unternehmen freiwillig eine Prüfung und Offenlegung der Rohstoffquellen vornehmen können. Studien zeigen jedoch, dass Unternehmen nur dann ihre Zulieferketten kontrollieren, wenn sie dazu verpflichtet sind. Um es ganz deutlich zu sagen: Diese Gesetzgebung wird nicht dazu beitragen, den Handel mit Konfliktmineralien einzudämmen.“

Die Studie von Global Witness stellt die bedeutende Rolle der Europäischen Union im Rohstoffhandel dar. Rohstoffe aus Hochrisikogebieten, die ohne angemessene Kontrollen importiert werden, können bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte finanzieren, die wiederum häufig für unermessliche Gewalt an lokalen Gemeinden verantwortlich sind.

Die Rohstoffe werden in Produkten wie Handys, Laptops, Autos oder Glühbirnen verwendet. In der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und in Kolumbien hat dieser Handel in der Vergangenheit immer wieder zu gewalttätigen Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen geführt, die mehr als 9,4 Millionen Menschen vertrieben haben. In Kolumbien werden auch die Bergbauunternehmen selbst mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht.

Im letzten Jahr war die EU für fast ein Viertel (28,5 Milliarden Euro) des globalen Handels mit Zinn, Wolfram, Tantal und Golderzen verantwortlich. Im selben Jahr wurden 240 Millionen Handys und über 100 Millionen Laptops in die EU importiert, die alle diese Mineralien beinhalten. Zurzeit sind Unternehmen nicht verpflichtet sicherzustellen, dass die Erlöse aus diesem Handel nicht in die falschen Händen geraten.

Große Mengen an Produkten werden unkontrolliert in Länder wie Deutschland, Großbritannien oder Frankreich gebracht. Deutschland ist Europas größter Importeur von Handys und Laptops, alleine im Jahr 2013 waren es 9,6 Millionen Laptops und 28,6 Millionen Handys, die gemeinsam einen Wert von 18,2 Milliarden Euro haben. Großbritannien ist

zweitgrößter Importeur von Handys und Laptops, Niederlande dritt- und Frankreich viertgrößter.

„Es ist davon auszugehen, dass europäische Unternehmen von dem Rohstoffhandel profitieren, der gleichzeitig die Taschen von Rebellen in ressourcenreichen Ländern wie dem Kongo oder Kolumbien füllt“, so Audrey Gaughran, Direktorin für Globale Fragen bei Amnesty International.

„Die EU sollte ein umfassendes Gesetz beschließen, dass die Verbindung zwischen europäischem Handel und schweren Menschenrechtsverletzungen im Ausland effektiv anpackt. Verantwortungsvoller Abbau von Rohstoffen sollte nicht optional sein, sondern verbindlich für jedes Unternehmen gelten.“

Die USA und mehrere afrikanische Länder haben schon Maßnahmen beschlossen, die Unternehmen verpflichten ihre Lieferketten zu überprüfen – die EU hat nichts dergleichen. Mit steigender globaler Nachfrage nach natürlichen Rohstoffen riskiert die EU damit zu einem weltweiten Zentrum im Handel mit Konfliktmineralien zu werden.

Einhergehend mit der Veröffentlichung der Studie fordert die Koalition aus europäischen Menschenrechtsgruppen die Mitglieder des EU-Parlaments sowie die EU-Mitgliedsstaaten öffentlich auf, den Gesetzesvorschlag zu überarbeiten. Dieses Gesetz sollte Konsument/innen die Gewissheit geben, mit ihrem Kauf nicht zu Konflikten im Ausland beizutragen. Unterstützung findet die Kampagne unter anderem durch Ed Zwick, dem Regisseur und Produzent des Kinofilms „Blood Diamond“.

Die Koalition fordert insbesondere:

- Der freiwillige Vorschlag sollte durch eine **verbindliche Regelung** ersetzt werden, die Unternehmen zu einer verantwortungsvollen Rohstoffbeschaffung verpflichtet.
- Der Vorschlag sollte **mehr Unternehmen** umfassen. Der derzeitige Entwurf umfasst nur 0,05% der europäischen Unternehmen. Er umfasst nicht Unternehmen, die Güter oder Vorprodukte in die EU importieren, die diese Rohstoffe enthalten, wie zum Beispiel Laptops, Handys oder Autos.
- Der Vorschlag sollte **weitere Rohstoffe** umfassen, die bewaffnete Gruppen oder gewalttätige Sicherheitsbehörden zu finanzieren oder die mit gravierenden Menschenrechtsverletzung verbunden werden, wie zum Beispiel Diamanten, Kohle und Chromit.

Mitglieder des EU-Parlaments sowie die europäischen Mitgliedsstaaten sind dafür verantwortlich sicherzustellen, dass europäische Unternehmen keinen Profit auf Kosten der lokalen Bevölkerung in den Produktionsländern machen. Sie sollten hier auch für Konsument/innen durch eine deutliche und umfassende Gesetzgebung Klarheit schaffen.

Unterstützter der Kampagne sind u. a.:

Gautier Muhindo Misonia, Koordinator des *Centre for Research and Investigation into the Environment, Democracy and Human Rights in DRC*: „Wir brauchen dringend ein umfassendes Gesetz in der EU, welches solche Unternehmen stoppt, die die Schäden ihrer Einkäufe zum Beispiel in Ländern wie dem Kongo ignorieren. Der Kleinbergbausektor im Kongo steht vor immensen Herausforderungen. Bewaffnete Gruppen und das Militär kontrollieren die Minen und Handelswege. Die Arbeitsbedingungen sind stellenweise sehr schlecht. Doch aufgrund der internationalen Aufmerksamkeit wurden viele Fortschritte gemacht, die der europäische Ansatz der freiwilligen Selbstverpflichtung untergraben würde. Es würde europäischen Unternehmen weiterhin ermöglichen, ihre Profite auf Kosten der lokalen Bevölkerung zu machen.“

Baroness Helena Kennedy QC: „Es ist dringend notwendig, dass die EU und Großbritannien Gesetze verabschieden, die Unternehmen verpflichten Menschenrechtsstandards einzuhalten. Derzeit beziehen zu viele Unternehmen durch ihr Lieferketten Rohstoffe, die Konflikte in ganz Afrika unterstützen und damit Vergewaltigung und Mord ermöglichen. Dies ist eine Kampagne, die dringend unsere Unterstützung benötigt.“

Ed Zwick, Regisseur und Produzent von *Blood Diamond*, und Mitglied des *Global Witness'* Beirats: „In Europa kaufen unsere herstellenden Unternehmen Mineralien, die möglicherweise genau die Konflikte finanzieren, die unsere Hilfsgelder eigentlich versuchen zu entschärfen. Und währenddessen riskieren wir Produkte zu kaufen, die diese Konfliktmineralien beinhalten, völlig nichtsahnend um deren Konsequenzen ... Dies ist eine einmalige Gelegenheit, die Dinge wieder zurechtzurücken.“

John Ruggie, Berthold Beitz Professor in *Human Rights and International Affairs* an der *Harvard University* und Autor der *UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*: „Die UN-Leitprinzipien sagen eindeutig, besteht das Risiko schwerer menschenrechtlicher Auswirkungen, sei es wegen der Art der Geschäftstätigkeit oder des Geschäftskontextes, ist von dem Unternehmen eine formelle Berichterstattung zu erwarten. Dort wo Rohstoffe oder Metalle aus Konfliktregionen kommen und unter Zwangsarbeit, Kinderarbeit und andere ausbeuterische Praktiken in die Wertschöpfungsketten der Unternehmen gekommen sind, müssen diese berichten. Ein Entwurf, der diese Berichtspflichten freiwillig sein lässt, riskiert, die verantwortungsvollsten Unternehmen herauszustellen, während die Verantwortungslosesten einfach unbeirrt weitermachen.“

Kontakte:

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Sarah Morrison, London, Großbritannien

Global Witness

smorrison@globalwitness.org

+44 207 492 5840 / +44 7912517126

Emily Norton, London, Großbritannien

Global Witness
enorton@globalwitness.org

+44 207 492 5870 / +44 7889 536 341

Michael Reckordt, Berlin, Deutschland

AK Rohstoffe / PowerShift e.V.
michael.reckordt@power-shift.de
030 42805 479 // 0151 211 676 18

Anmerkungen der Redaktion:

1. Link zur neuen Website: <http://www.globalwitness.org/conflictminerals/>
2. Die Koalition der NGOs hinter dieser Konfliktmineralien-Kampagne sind: Amnesty International, Global Witness, Christian Aid, Commission Justice et Paix Belgique francophone, CORE, ALBOAN, Le Centre National de Coopération au Développement, EurAc, OENZ, London Mining Network, PAX, Western Sahara Resource Watch, Südwind Agentur, Save Act Mine, CODHO, Congo Calling, Jesuit European Social Centre, Info Birmanie, PowerShift, CERN/CENCO, Association pour le Développement des Initiatives Paysannes (ASSODIP), Walk Free, CIDSE, GreenIT.fr
3. Der Entwurf der Europäischen Kommission wurde im März vorgestellt und ist [hier](#) zu finden.
4. Der Bericht der Koalition und die Forderungen der Kampagne können [hier](#) gefunden werden.
5. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die Mitglieder des EU-Parlaments überprüfen derzeit den Vorschlag der Kommission. Rat und Parlament werden voraussichtlich Anfang nächsten Jahres über das Gesetz abstimmen.

Land für Land: Ergänzende Daten über die größten EU-Importeure

Die Tabelle zeigt die fünf größten europäischen Importeure von Laptops und Handys. Beide Produkte enthalten Zinn, Tantal, Wolfram und Gold. Zurzeit ist es Konsument/innen unmöglich herauszufinden, ob die Rohstoffe, die zur Herstellung der Produkte verwendet wurden, zu Konflikten und Menschenrechtsverletzungen geführt haben.

Deutschland	Deutschland ist weltweit der drittgrößte Importeur von Laptops und Handys und größter Importeur in Europa.
-------------	---

	<p>Im Jahr 2013 hat Deutschland 64 Millionen Handys und 15 Millionen Laptops im Gesamtwert von 14,4 Milliarden Euro importiert.</p> <p>Im gleichen Jahr hat Deutschland 52 Prozent der Handys und Laptops im Wert von 7,6 Milliarden Euro aus China importiert (s. Abschnitt zu chinesischen Importen unten).</p>
Großbritannien	<p>Großbritannien ist weltweit der viertgrößte Importeur von Laptops und Handys und somit zweitgrößter Importeur in Europa.</p> <p>Großbritannien hat im Jahr 2013 über 44,5 Millionen Handys und 20 Millionen Laptops im Gesamtwert von 11,2 Milliarden Pfund (14,1 Mrd. Euro) importiert.</p> <p>Im Jahr 2013 hat Großbritannien 40 Prozent der Handys und Laptops im Wert von 4,4 Milliarden Pfund (5,6 Mrd. Euro) aus China importiert (s. Abschnitt zu chinesischen Importen unten).</p>
Niederlande	<p>Die Niederlande ist weltweit der fünftgrößte Importeur von Laptops und Handys und damit drittgrößter Importeur in Europa.</p> <p>Die Niederlande haben im Jahr 2013 14,8 Millionen Handys und 20 Millionen Laptops im Gesamtwert von 9,5 Milliarden Euro importiert.</p> <p>Im Jahr 2013 haben die Niederlande 74 Prozent der Handys und Laptops im Wert von 7,1 Milliarden Euro aus China importiert (s. Abschnitt zu chinesischen Importen unten).</p>
Frankreich	<p>Frankreich ist weltweit der sechstgrößte Importeur von Laptops und Handys und damit viertgrößter Importeur in Europa.</p> <p>Frankreich hat im Jahr 2013 36 Millionen Handys und 16 Millionen Laptops im Gesamtwert von 9 Milliarden Euro importiert.</p> <p>Im Jahr 2013 hat Frankreich 69 Prozent der Handys und Laptops im Wert von 6,2 Milliarden Euro aus China importiert (s. Abschnitt zu chinesischen Importe unten).</p>
Italien	<p>Italien ist weltweit der elftgrößte Importeur von Laptops und Handys und damit fünftgrößter Importeur in Europa.</p> <p>Italien hat im Jahr 2013 28,6 Millionen Handys und 9,6 Millionen Laptops im Gesamtwert von 6,1 Milliarden Euro importiert.</p> <p>Im Jahr 2013 hat Italien 33 Prozent der Handys und Laptops im Wert von 1,9 Milliarden Euro aus China importiert (s. Abschnitt zu chinesischen Importe unten).</p>
Chinesische Importe	<p>Ein signifikanter Anteil der europäischen Laptop- und Handyimporte kommen aus China (s. o.). China importiert große Mengen an Erzen und Metallen für deren Produktion.</p> <p>Im Jahr 2013 hat China über 4.000 Tonnen Zinn-, Wolfram-, Tantal- und Golderze und -konzentrate im Wert von mehr als 106,6 Millionen Euro aus Kolumbien, DRK, Ruanda und Burundi importiert.</p>

	Im Jahr 2013 hat China 23 Prozent (in Gewicht) der Tantal- und -konzentrate aus diesen vier Ländern bekommen.
--	---

Anmerkungen:

Alle Daten sind von UN Comtrade: <http://comtrade.un.org/>

Daten über Zinn-, Tantal-, Wolfram- und Golderzen, -Konzentrate und -Metalle werden zum EU-Handel im HS Code auf Seite 78 des *Commission's Impact Assessments* gelistet.

Zugänglich unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/march/tradoc_152229.pdf

Daten über Handys und Laptops zum EU-Handel sind über die Codes 851712 (mobile phones) und 847130 (laptop computers) zu finden.